

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

32 (1.2.1919) Erstes und Zweites Blatt

Bestpreis  
in Karlsruhe frei ins  
Haus geliefert vier-  
wöchentlich 4.05 M., mo-  
natlich 1.35 M., an-  
sonsten monatlich ab-  
geholt monatlich 1.20 M.  
Auswärts durch  
die Post frei ins  
Haus gebracht vier-  
wöchentlich 4.17 M., mo-  
natlich 1.47 M.  
Einschneidung  
10 Pf.  
Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Mittlerstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Museen:  
Die adaloldi Kofonel-  
le über deren Raum  
25 Pf. Die Kofonel-  
le an der Stelle 1.20 M.  
Auf diese Briefe  
80% Zuerstausgabe.  
Abgabe nach Paris.  
Anzeigenschein  
bis 12 Uhr mittags,  
kleinere Anzeigen von  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Verordnungsblätter:  
Geschäftsstelle Nr. 208.  
Verlag Nr. 297.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Chefredakteur: Gustav Nepper; verantwortlich für Politik: Martin Gollmann; für Baden, Soziale und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Deutschland: Carl Seiffener; für Anzeigen: Paul  
Kuhmann. Druck und Verlag: C. F. Willebrords Buchhandlung in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Friedenstraße 65/66. Tel.-Amt  
Umland 2992. Für unregelmäßige Manuskripte oder Druckbogen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abänderung erfolgt, wenn Vorbehalten ist.

116. Jahrg. Nr. 32. Samstag, den 1. Februar 1919. Erstes Blatt.

## Verfassung oder A- und S-Räte?

Von unserer Berliner Redaktion wird uns  
gedruckt:  
Die Regierung hat verschiedene Verordnungen  
erlassen, die den dringenden Wirtschaftsknoten  
abheben und auch den Arbeitern einen guten  
sozialistischen Willen beweisen sollen. Die Ver-  
ordnungen über die Schaffung von neuem Steu-  
erstand, zum Teil durch Entgeltnung und  
Zerlegung des Großgrundbesitzes, müssen unter  
allen Umständen als einschneidender Akt der  
Gesetzgebung angesehen werden. Selbstverständ-  
lich ist und auch in der Absicht der Regierung  
liegt es, daß diese neue innere Kolonisation nicht  
in überstürzter Weise versucht wird, wie es die  
Sozialisierungsfanatiker wohl möchten. Es ist  
aber zu befürchten, daß es nicht leicht sein wird,  
den Landwirten gewisser Schichten der länd-  
lichen Bevölkerung zu befriedigen.

Diese Gefahr wird noch vergrößert werden,  
wenn infolge neuer anderer Verordnungen zahl-  
reiche Arbeitslose aus den Großstädten auf das  
Land hinaus kommen und dort sozusagen sich  
an einen gedeckten Tisch setzen zu können glau-  
ben. Immer deutlicher und schwieriger stellen  
sich die ungeheuren Aufgaben der Regierung  
dar, wie sie eine Sozialisierung anbahnen und  
gleichzeitig die verschiedenen revolutionären  
Forderungen der Massen möglichst erfüllen will.  
Noch ist die Nationalversammlung nicht zu-  
sammentreten, aber schon ist der unvermeid-  
liche Konflikt zwischen ihr und den A- und S-  
Räten, den eigentlichen Trägern der radikalen  
Fortentwicklung der Revolution bis zur Diktatur  
des Proletariats, ausgebrochen. Die Groß-  
berliner A- und S-Räte haben jedoch die Ein-  
berufung eines Reichstages förmlich deutscher  
deutscher Räte verfügt und diesen Kongress unver-  
hüllt als Gegenparlament bezeichnet, der den  
Zweck hat, die politische Macht dieser aus Aus-  
land entliehenen Institutionen, für die in keiner  
deutschen Verfassung mehr Raum sein kann, zu  
sichern.

Nun ist zum Glück der Zentralrat der A- und  
S-Räte ja keineswegs extrem, und einer der  
Hauptführer der Berliner A- und S-Räte,  
Cohen-Reuß, hat wieder zur Vernunft und posi-  
tiver und rettender Arbeit gemahnt. Aber die  
Gefahr der A- und S-Räte liegt eben in deren  
Vieltaunendigkeit, dem ungezügeltsten Ego-  
ismus, dem unersättlichen Draufgängerstolz und der  
Verwirrung vieler lokaler Machthaber, wo-  
von seit drei Monaten jeder Tag graufige Kunde  
gegeben hat.

Im Augenblick haben es die Soldatenräte ins-  
besondere auf die neue Verfügung des Kriegs-  
ministers über die Stellung der Offiziere und  
die Handhabung der Disziplin abgesehen. Die  
Proteste bageln von allen Seiten, obwohl jene  
Verfügung doch nur das Allernotwendigste dar-  
stellt, um den Zusammenhalt und die Schlach-  
tkraft der Truppen einigermaßen zu gewähr-  
leisten. Deshalb wird kein Kriegsminister und  
keine verantwortliche Regierung von diesem  
Minimum abgehen, und die Frage, ob reiner  
Verfassungsmäßig oder gewalttätige Nebenregie-  
rung durch die A- und S-Räte, wird in der  
nächsten Zeit unzweifelhaft entschieden werden  
müssen.

## Machenschaften der A- und S-Räte gegen die Aufrufe zur Bildung eines Freiwilligen-Heeres in Ostpreußen.

1. Berlin, 31. Jan.  
Es mußte in der Öffentlichkeit Verwundern her-  
vorrufen, daß jedoch, wenn eine Nachricht über die  
der Provinz Ostpreußen von den russischen Sowjet-  
armeen drohende Gefahr kam, eine andere Mel-  
dung diese Gefahren herabzusetzen suchte. Es wurde  
behauptet, die Zahl der Sowjettruppen werde über-  
schätzt, in Klaug, wo Tausende von Weibern der Sowjet-  
regierung erschossen worden sind, herrsche Ordnung,  
die bolschewistischen Armeen gingen nur gegen  
gegenrevolutionäre Elemente vor usw.  
Es ist sehr leicht zu verstehen, weshalb alle diese  
berühmten Meldungen ihre Entbehrenungen dem  
Vollzugsrat in Königsberg und einigen  
Ostpreußischen A- und S-Räten, von  
denen insbesondere der in Sensburg in wüsten  
Eggenfeldt alle anderen A- und S-Räte in Deutsch-  
land übertrifft zu wollen scheint. Diese ostpreußi-  
schen A- und S-Räte bekämpfen mit allen Mitteln  
die Aufrufe zur Bildung eines Freiwilligen-Heeres  
in Ostpreußen und die Organisierung eines Grenz-  
schutzes, unbedacht der von Tag zu Tag wachsenden  
Gefahr, die der Provinz durch einen russischen Ein-  
fall droht. Tatsächlich haben zurzeit der deutschen  
A-Armee noch in Russland mindestens 30 000 Mann  
Sowjettruppen gegenüber, der deutschen 8. Armee  
mehrere Divisionen. Beide deutsche Armeen be-  
stehen aber nur noch aus kleinen Trümmern ihres  
früheren Bestandes. Die sogenannte eiserne Di-  
vision setzt sich aus insgesamt 50 Mann (1) zusam-  
men. Unter diesen Umständen ist an einen ernst-  
lichen Widerstand der jenseits deutschen Normationen gegen-  
über dem russischen Vormarsch nicht zu denken.  
Die Reichsregierung setzt trotz der Widerstände der  
A- und S-Räte, denen sie leider bis jetzt eine wirk-  
liche Macht offenbar nicht entgegenzusetzen vermocht  
hat, die Bildung einer Grenzwehr fort.

## Der Schutz des deutschen Ostens.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Berlin, 31. Jan. Die militärischen Auf-  
gaben im Osten werden, wie wir hören, schon  
in nächster Zeit von der Obersten Seereslei-  
tung übernommen werden.

## Gefährliche Situation in Bremen.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Bremen, 31. Jan. In der letzten Nacht waren  
vier Mitglieder des Bremer Rates der Volksbeauf-  
tragten in Verden eingetroffen und eruchten den  
Divisionen der aus Berlin gekommenen Re-  
gierungstruppen um Einkünfte des  
Vormarsches bis zur Erledigung der Verhand-  
lungen in Berlin. Der Divisionenstab bestand aus lo-  
caler Entschaffung der Arbeiter und erklärte,  
daß er in keine Verflechtung einwilligen könne.  
Von dem Bremer Volksbeauftragten wurde erwidert,  
daß diese Maßnahme nicht mehr durchgeführt wer-  
den könne, offenbar aber deshalb, weil die Volks-  
beauftragten es nicht wagen, den Arbeitern dieses  
Verlangens vorzutragen. Daraufhin wurden  
die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Bis  
heute mittags hatte es den Anschein, als ob die  
Bremser Arbeiter es bis zum Außersten kommen  
lassen werden. Die Lage in Bremen steht auf des  
Messers Schneide. Nach dem Bekanntwerden des  
Vormarsches der Regierungstruppen erfolgte die  
Bewaffnung der gesamten Arbeiter-  
schaft. Alle Kraftfahrzeuge wurden requiriert  
und mit Maschinenwaffen bewaffnet nach den  
Vorstädten abgedacht. Auch die Straßenbahn wurde  
für dezente Transporte benutzt.

## Ruhe in Wilhelmshaven.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Wilhelmshaven, 31. Jan. Der Präsident des  
Freiwilligen Ostpreußen, Kuhnert, und der Chef des  
Sicherheitswesens, Dorn, sind auf vier Wochen  
beurlaubt. In der Bevölkerung wird angenommen,  
daß dies eine Folge der letzten Unruhen ist und beiz  
auf ihren Posten nicht wieder zurückkehren werden.  
Wilhelmshaven ist ruhig und die Entwerf-  
nung der Arbeiter ist nahezu durchgeführt. Der  
ersten verhängnisvollen Botschaften sind wieder auf-  
gehoben.  
Bei dem Anschlag der Kommunisten gegen die  
Reichsbank wurden im ganzen 74 Millionen Mark,  
darunter 2 Millionen Mark in Geld, geraubt.  
Das Geld ist bis auf 400 000 M zurückgekauft wor-  
den. Bei dem Handreich der Kommunisten waren  
insgesamt 50 Personen beteiligt.

## Die Notverfassung.

1. Berlin, 31. Jan.  
Ueber den Inhalt der Notverfassung, die seit  
einigen Tagen das Kabinett beschäftigt, erfahren  
wir folgendes: Der wichtigste Unterschied  
zwischen dem Notgesetz und dem Entwurf  
des Staatssekretärs Preuß besteht darin, daß  
das Staatshaus, welches das Notgesetz  
ebenfalls enthält, wie der Entwurf von Preuß,  
jetzt, offenbar auf die Einwürfe der Süddeut-  
schen hin, nicht aus einer allgemeinen Volks-  
wahl hervorgeht, sondern von den einzelstaat-  
lichen Regierungen ernannt werden soll; unge-  
fährlich in dem Stimmverhältnis des bisherigen  
Bundesrates, dem die ganze Konstitution auch  
sonst ähnlich würde. Die Souveränität der Na-  
tionalversammlung würde allerdings auch in  
diesem Falle nicht berührt werden. Der eigent-  
liche Verfassungsentwurf würde nun zunächst  
allerdings dem Staatshaus zugehen. Die  
Nationalversammlung würde aber vollständig  
frei entscheiden können, ob sie die Notverfassung,  
oder den Entwurf des Staatssekretärs, oder  
aber ein eigenes Verfassungsgezet beschließen  
will. Und das provisorische Staatshaus würde  
sich sofort auflösen, oder sich eine Um-  
wandlung gefallen lassen müssen, wenn die Na-  
tionalversammlung ein von der Notverfassung  
abweichendes Gesetz beschließen sollte.

## Die Reichsfinanzkonferenz in Weimar.

(Drahtbericht unfr. Münchener Korresp.)  
1. München, 31. Jan. Der bayerische Finanz-  
minister Dr. Kasse hatte über die Konferenz der  
Finanzminister in Weimar folgendes:  
Bei der Verteilung der Reichsfinanz-  
aufgaben in Gegenwart und Zukunft ist davon auszu-  
gehen, ob und welche Kriegsausgaben in bar  
von Deutschland bestrahlt wird. Darüber darf nie-  
mand im Zweifel sein, daß das Deutsche Reich eine  
Kriegsleistung nicht zahlen kann. Wird sie  
auferlegt, dann steht Deutschland vor der Kata-  
strophe. Doch auch ohne eine solche Auszahlung  
ist infolge der Arbeitslosigkeit, der Erwerbslosen-  
unterstützungen u. Lohnrückstellungen bei stetig zurück-  
gehenden öffentlichen Einnahmen nur mit Anspan-  
nung aller Wirtschaftskräfte, Arbeits- und Geldkräfte ein  
Sinubereitungen aus der Demobilisations- und Leber-  
fähigkeit in den Kriegeszustand ohne katastrophale  
Erschütterungen möglich. Das Reich muß es sich  
zur Aufgabe machen, neue Einnahmequellen zu er-  
schließen. Auszugehen hat es bei dieser Frage da-  
von, in welcher Verfassungslage sich die Bundes-  
staaten befinden. Daß sich auch diesmal wieder als  
ersten Schritt in der Not das Reichsamt an die  
direkten Steuern und da vor allem an die Ein-  
kommenssteuer klammern möchte, entspricht alten  
Erfahrungen.  
Dieser Versuch beantragte entschiedenem Wider-  
stand. Der Reichsamtsekretär wählte einen Um-  
weg, der theoretisch und praktisch die Opposition  
der Bundesstaaten von Haus aus einzuführen  
nicht ungeeignet war. Der neue Plan des Reichs-  
amtsekretärs, der die Hauptrolle spielte, war, diese  
Vollstreckung von einer gewissen Höhe ab dem Reichs-  
amt kommen zu lassen. Württemberg und Ba-  
den verhielten sich diesem Plane gegenüber nicht  
von vornherein und grundsätzlich ablehnend, wie auch  
bei den anderen Bundesstaaten theoretisch die Mög-  
lichkeit einer Abtretung dieser Art nicht rumpen-  
verneint wurde. Als Grenze, von der ab das Reich  
zuerufen wollte, war die Summe von 100 000 M  
Einkommen abgedacht.

## Am Laufe der Konferenz aber stellte sich heraus, daß eine weit tiefere Einkommensstufe — man sprach sonar von 30 000 M — im Notfall vom Reich mit Beschlag belegt werden könnte und müßte. Es ver- steht sich von selbst, daß sich die Bundesstaaten gegen eine solche Vorentscheidung nicht unterwerfen lassen. Extra- und Kapitalrentensteuer werden zunächst aus dem kommenden Steuerbudget hervorzuheben. Da dies unabwendbar ist, so könn- ten sich die Bundesstaaten die Einkommenssteuer nicht nehmen und nicht beschlagnahmen lassen. Das Reichsamt sucht nun auf dem Gebiete der in- direkten Steuern sogenannte Sparmaßnahmen zu ermitteln zu machen. Unter die Extra- steuern wird man die Kuponsteuer, die Steuer auf Sobothekentiteln und dergleichen zählen dürfen.

## Jugpust zwischen Weimar und Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Berlin, 31. Jan. Zwischen Weimar und  
Berlin wird eine Klauvost zur Beförderung  
von Briefen eingerichtet werden.

## Die Friedensfrage.

Die Pariser Konferenzen.  
1. Paris, 31. Jan. (Aml.) Der Gedankenaustrich über  
den Stillen Ozean und Afrika ging weiter. Ein zu-  
friedenstellendes vorläufiges Abkommen ist hinsicht-  
lich der deutschen Kolonien und der besetz-  
ten Gebiete in der atlantischen Küste getroffen  
worden. Die belagerte Abordnung setzte den bel-  
stigten Standpunkt hinsichtlich des Konnos aus-  
einander.

1. Bern, 31. Jan. Die Pariser Presse läuft Sturm  
gegen den Willensplan, die deutschen Ko-  
lonien in der Hand des Völkerbundes zu inter-  
nationalisieren. Dazu kommt noch, daß,  
wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ zu be-  
richten weiß, in einem geheimen Vertrag  
zwischen England und Syon letzteren die In-  
seln im Nordsee des Stillen Ozeans ausproben  
sind. Wilson könne dies nicht anerkennen, da die  
Angelegenheit dieser Inseln durch Japan den Weisen  
Amerikas hart verschmähen würde.

## Das englische Volk für raschen Friedensschluß.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Zürich, 31. Jan. Nach einer Meldung des  
Londoner Korrespondenten der „Neuen Zürcher  
Zeitung“ fordert die öffentliche Meinung  
Englands eine rasche Unterzeichnung  
des Friedens, damit die Friedenskonferenz der  
letzte Akt des Kriegesdrag und nicht der erste Akt  
einer neuen Tragödie werde. Allgemein  
herrsche die Ansicht, daß ein halbes Dutzend  
energischer Männer genügen würde, um die bestehenden  
Differenzen in kurzer Zeit zu beseitigen.  
Das englische Volk wünscht vor allem möglichst rasche  
Rückkehr normaler Zustände, damit Handel und In-  
dustrie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können.

## Wilson's Völkerbundsprogramm.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Haag, 31. Jan. Heute wird Wilson's Völ-  
kerbundsprogramm in allen Einzelheiten bekannt-  
gegeben werden; es soll von einem Delegations-  
mitglied, vermutlich Oberst Soule, vorgetragen  
werden.

1. Haag, 31. Jan. (Eig. Drahtber.) Nach Pa-  
riser Meldungen wird der definitive Plan  
des Völkerbundes wahrscheinlich noch formu-  
liert, bevor Wilson abreist. Man sieht die so-  
fortige Bildung des Völkerbundes als die einzige  
Möglichkeit an, daß die amerikanischen Brüdern  
für die Wiederherstellung der Welt vernünftig werden.

## Neutrale Meinung über den Völkerbund.

1. Haag, 31. Jan. (Eig. Drahtber.) Der „Neutrale  
Courant“ schreibt: Die Annerkennung der  
Friedenskonferenz hinsichtlich der deut-  
schen Kolonien widersprechen den Bil-  
ton'schen Grundsätzen durchaus. Man kann  
annehmen, daß Wilson infolge des allgemeinen  
Widerstandes der Alliierten ein Kompromiß vor-  
zuschlagen hat. Schon hierdurch wird der Völ-  
kerbund zu einem Bund der feindseligen Na-  
tionen geschloffen, um bei der Erne der Siegerfrüchte  
keinen Streit entstehen zu lassen. Die Sieger  
können aber nicht nur unter sich eine Friedensberei-  
tungsfrucht schließen, die längst vollzogen sein soll, wenn  
man Deutschland die Forderungen vorzuziehen wird.  
Wir hatten erlaubt, daß bei einer Internationali-  
sierung der afrikanischen Gebiete Deutschland nicht  
allein das Opfer sein soll und jedenfalls nicht aller  
seiner Kolonien beraubt werden würde, aber Eng-  
land hat in diesem Punkte geielet. Wenn Deutsch-  
land sich weigerte, einen vom Willensplan Program  
abweichenden Frieden zu schließen und eine lange  
andauernde Belagerung vorzuziehen, so könnte diese  
Einkaufsbildung des Friedens und der Demobilisi-  
sierung einen sehr deutlichen Stimmungswechsel  
in den Ententeländern bewirken.

## Eine Völkerbundskonferenz.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Genf, 31. Jan. (Schweiz. Dep.-Ag.) Die ver-  
schiedenen Friedens- und Völkerbundver-  
eine Dänemarks, Hollands, Norwegens, Schwe-  
dens und der Schweiz beabsichtigen, für Mitte Fe-  
bruar eine internationale Völkerbund-  
konferenz nach Genf einzuberufen. An die ge-  
genwärtig in Paris tagenden Völkerbundsvereine  
Frankreichs, Amerikas, Englands und Italiens hat  
das genannte schweizerische Organisationskomitee  
ein Telegramm geschickt, in dem auf die Notwendig-  
keit hingewiesen wird, die neutralen Vereine  
für Frieden und Völkerbund in die Lage zu ver-  
setzen, auch ihre Ansichten und Vorschläge über den  
Völkerbund zur Kenntnis bringen zu können, damit  
der Eindruck vermieden werde, daß der Völkerbund  
einseitig aufgelegt würde.

## Deutschlands Lebensmittelmot.

Berlin, 31. Jan. Zur Klärung der weiteren  
Verhandlungen über die Lieferung von Le-  
bensmitteln an Deutschland ist eine Kom-  
mission abildet worden, in der neben Vertretern  
beteiligter Reichsbehörden Finanz- und Kaufleute,  
Sachverständige aus zwei Vertreter der ärztlichen  
Wissenschaft teilnehmen sollen. Die deutsche We-  
senstiftungskommission in Spaa hat den Entente-  
vertreter abgeben, bei Aufnahmefähigkeit der Gegen-  
kommission ebenfalls eine Vertretung von Gelehr-  
ten und Ärzten zu erreichen.

## Die Bolschewisten und die Entente.

1. Paris, 31. Jan. „Echo de Paris“ meldet aus  
Stockholm, daß Trotski in einem Telegramm an  
die Truppen erklärt habe, daß das Anerkennen der  
Alliierten, auf den Bräunen-Anfeln an einer Kon-  
ferenz zusammenzukommen, ein Zeichen der  
Schwäche sei. Er forderte die Truppen auf, ihre  
Anstrengungen zur Niederwerfung der Weltbourgeoi-  
e zu verdoppeln.

## Die Bolschewistenkämpfe in Nordrussland.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Amsterdam, 31. Jan. Das neutrale Bureau  
bringt einen ausführlichen Bericht über die Kämpfe  
in Nordrussland. Danach haben die Bolschewisten am 19.  
Januar die Stellungen der Alliierten südlich von  
Kokkama am Begajus, 15 englische Meilen (24 Km.) süd-  
lich von Schenkursk oder 180 englische Meilen (360  
Kilometer) südlich von Arhangelsk befreit und die Ver-  
truppen auf die Hauptstellung zurückgeworfen, zu-  
gleich auch die Stellungen am Gornjusch, 17 englische  
Meilen (29 Km.) südlich von Schenkursk angegriffen  
und die dort stehenden Russen 7 Km. südwärts  
zurückgedrängt. Die Gefechte und das Geschütze  
dauerten vom 20. bis in die Nacht vom 24. Januar und  
die englischen Truppen gingen auf eine Schen-  
kursk stehende Stellung zurück.  
Vor einer umfänglichen Bewegung des Feindes wurde  
die Stadt jedoch am 25. Januar geräumt und 500  
Einwohner nebst Kranke und Verwundete in eine gün-  
stige Stellung weiter nördlich mitgenommen. Am 25.  
Januar griff der Feind die Stellungen bei Tarnog-  
lewo, 30 englische Meilen (48 Km.) nördlich von  
Kokkama an der Bahn Arhangelsk—Wologda ver-  
geblich an. Die auf vorbereiteten Operationen und die  
Ablenkung der Aufmerksamkeit von den Angriffstellen  
durch Artilleriefeuer an anderen Punkten gegen Fort-  
schritte in Verbindung mit dem bolschewistischen Heere.  
Auf Seiten der Alliierten konnten meist amerika-  
nische und russische Truppen, deren Verluste we-  
sentlich geringer sein sollen, als die der Bolschewisten.

## Die Berner Konferenz.

Berlin, 31. Jan. Wie der „Vorwärts“ hört, be-  
finden sich einige russische Sozialisten  
menschwürdiger Richtung auf dem Wege  
durch Deutschland nach der Schweiz, um an der  
sozialistischen Konferenz teilzunehmen. Sie hatten  
sich unter Überwindung großer Schwierigkeiten  
aus Russland fortgeschoben, denn daß ihnen die  
bolschewistische Regierung einen Rück ausgestellt  
hätte, sei natürlich unbedenkbar gewesen.

1. Bern, 31. Jan. (Eig. Drahtbericht.) (Schweiz. Dep.-  
Agentur.) Der Sitzung, die bei sehr zahlreichen an-  
wesenden Delegierten der internationalen soziali-  
stischen Konferenz heute vormittags unter dem  
Vorherrschaft abgehalten wurde, mochte auch  
der böhmerische Ministerpräsident Kurt Eisner bei.  
Die Erörterung drehte sich hauptsächlich um die pro-  
grammatische Erklärung, die zur Arbeiterrich-  
frage angenommen werden soll. Es wurde beschlos-  
sen, ein Redaktionskomitee zu ernennen und Vertreter  
der verschiedenen Staaten, die der Konferenz einen  
Text vorlegen sollen, der sich nur auf den in Leeds  
und Bern festgesetzten von der Gewerkschaftskonferenz  
angenommenen Texten stützen, aber auch die festgesetzte  
in den verschiedenen Ländern eingetragenen Ereignis-  
se zu berücksichtigen haben werde. Am Schluß der Sit-  
zung teilte Dugmans mit, daß die erste Ver-  
sammlung der Konferenz am Montag morgen im  
großen Saal des Berner Volkshauses stattfinden sollte.

## Streit- und Lohnbewegungen.

### Der schäpische Bergarbeiterstreit.

(Drahtmeld. unfr. Dresdener Korresp.)  
1. Dresden, 31. Jan. Die Bergleute des Oelbiter  
Kohlenreviers sind in den Streit eingetreten wegen  
der Verbeugung einer einmaligen Zuerstaus-  
zahlung. Andere schäpische Kohlenreviere werden von  
Spartakusanhängern durchwühlt.

### Der Streit in Obereschlesien.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Gutesen, 31. März. Die Streiffrage in  
Obereschlesien hat in den letzten Tagen eine  
erhebliche Besserung erfahren. Während vordem  
auf der Ferdinandgrube noch 60 und gestern 16 Pro-  
zent ausständig waren, ist heute der Streik auf der  
genannten und auf der Theimgrube erloschen. Auf  
den Fürstlichen Gruben sind noch etwa 50 Pro-  
zent ausständig, ebenso bei weiteren 11 Gruben.  
Bei 13 Gruben ist der Ausstand noch vollständig.

### Die englischen Streiks.

1. Rotterdam, 30. Jan. Die Lage in Belfast hat  
sich sehr verschlechtert. Das ganze Leben der  
Stadt ist lahmgelegt. Es ist um Gewalttätig-  
keiten gekommen. Zahlreiche Häfen wurden ge-  
plündert.

1. London, 31. Jan. (Eig. Drahtber.) Wie die  
„Daily News“ erzählt, teilte Bonar Law in Glas-  
gow nach der Kabinettsitzung an die Stadt Glas-  
gow sendenden Antwort mit, die Regierung sei der  
Ansicht, daß für die Streiks bestimmte Leute  
verantwortlich sind, die nicht mit den Ge-  
werkschaften in Verbindung ständen, sondern auf  
eine soziale Revolution hinarbeiteten. Die Regie-  
rung habe alle Schritte für die Aufrechterhaltung  
der Ordnung und den Schutz der Personen er-  
griffen.

Die deutsche Republik.

Vorzeit keine Anmeldung der beschlagnahmten Betriebseinrichtungen.

Berlin, 31. Jan. Wegen neuerdings von der Entente aufgestellten Forderungen sollen über die Rückgabe der in Frankreich und Belgien beschlagnahmten Betriebseinrichtungen andere Vorschriften erlassen werden.

Zusammenkunft der Bürgermeister des besetzten Gebietes.

(Drahtmeld. um. Kölner Mitarbeiter.) R. Köln, 31. Jan. Die Bürgermeister des besetzten Gebietes finden sich am Samstag in Köln ein, um die Forderungen um Entschädigungsansprüche beim Reich gemeinsam in die Wege zu leiten und über andere wichtige, die gesamte Bevölkerung des besetzten Gebietes interessierende Fragen eine Ausdrücke herbeizuführen.

Württembergische Landesversammlung.

(Eigener Bericht.) Stuttgart, 30. Jan. Die Regierung hat der Landesversammlung einen Gesetzentwurf betr. das Gemeindegewaltrecht und die Gemeindegewaltverteilung vorgelegt. Es soll als Vorstufe bis zur Erlassung einer neuen Verfassung nur bis 31. März 1920 gelten. Es gibt das Gemeindegewaltrecht den Bestimmungen des Reichsgesetzes an, beschränkt aber das Verhältniswahlrecht auf die Gemeinden über 4000 Einwohner. Weiter besteht es das Mehrheitswahlrecht mit den Bürgerausschüssen, erhöht dafür aber die Zahl der Mitglieder der Gemeinderäte. Die nächsten Gemeindegewaltwahlen sind auf spätestens Mai, und zwar einem Sonntag, festzusetzen. Die Landesversammlung hat den Entwurf heute als geeignete Grundlage der Beratung einem Ausschuss übergeben. Doch wurden von allen Seiten einzelne Bedenken vorgetragen, auch aus der Reihe der Sozialdemokraten. Die Wahlberechtigung schon vom 20. Jahre ab und ohne Rücksicht auf das Gemeindegewaltrecht, die Befreiung der Verhältnisse auf die größeren Gemeinden u. a. wurden beanstandet, während das Frauenwahlrecht und die Befreiung der Bürgerausschüsse keinerlei Widerspruch mehr weckt.

Bezahlung der Demonstrationstage?

An einer Reihe von Berliner Betrieben, besonders der Metallindustrie, hat sich ein Konflikt aus der Frage der Bezahlung der Berliner Demonstrationstage ergeben. Die Arbeiter verlangen die Bezahlung der Tage, an denen sie demonstrieren haben. Die Unternehmer lehnen die Bezahlung ab.

Badische Nationalversammlung.

Ein Protest gegen die Entente.

(Eigener Bericht.) Die letzte (3.) Sitzung der verfassungsgebenden badischen Nationalversammlung gestaltete sich zu einer einmütigen Kundgebung des ganzen badischen Volkes gegen das Verhalten unserer Gegner in der Waffenstillstandsfrage. Als Unterlagen dienten der Versammlung die von der Karlsruher Zentrumsversammlung am Samstag in der festliche angenommene Entschließung, ferner die Bitte der Arbeitsgruppe Vorsitz des Reichsbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen um die nötigen Schritte zur möglichst baldigen Befreiung dieser Gefangenen, sowie eine vom Abg. Dr. Guido Meyer eingebrachte Entschließung, die am Mittwoch in Heidelberg in einer von der Demokratischen Partei einberufenen Versammlung einstimmig angenommen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut: Eine von der D. D. V. einberufene, zu vielen Hunderten von Heidelberger Männern und Frauen besuchte Versammlung hat leidenschaftlichen Protest gegen die unannehmlichen, allen Begriffen von Recht und Gerechtigkeit verstoßenden, von der Entente gegen das deutsche Volk und gegen die deutsche Nation verübten, gegen die unannehmlichen, gegen die Unterbindung unserer Wirtschaftslieben durch die Abschirmung des besetzten Gebietes. Vor allem aber protestieren wir gegen die Zurückhaltung unserer Gefangenen und deren unannehmliche Behandlung in Frankreich. Wir beauftragen die Vertreter unserer Partei in der badischen Nationalversammlung, daß sie die Regierung veranlassen, in Berlin auf energische Schritte in dieser Angelegenheit zu drängen, damit unsere Kameraden der Heimat endlich wiedergegeben werden. Vom ganzen deutschen Volke aber verlangen wir, daß es sich endlich wieder aufraffe zu mannhafter Nationalaktion, und sich entschlossen seine die unannehmliche Behandlung nicht länger zu ertragen.

Für das Zentrum begründete Abg. Dr. Schofer, der auch in der oben erwähnten Karlsruher Zentrumsversammlung gesprochen hatte, den Standpunkt dieser Partei. Er sagte über die harten Waffenstillstandsbedingungen, über die schamlose Behandlung der Deutschen in Elsass-Lothringen, über die durch nichts gerechtfertigte Forderung badischer Gebiete durch die Franzosen, über das schändliche Verhalten der Entente bei der Abnahme von Eisenbahnmateriale und Kraftwagen, über die Verweigerung der Hilfstoffe, über die Aufrechterhaltung der Hungerblöcke; er verlangte die Freiheit der Kriegsgefangenen sowie gerechte Auslegung der 14 Wilsonschen Punkte und schloß mit dem Gebet: Dona nobis pacem! Der sozialdemokratische Redner, Abg. Meier, erklärte, daß er von vornherein, keine Partei sei völlig einig in dieser Frage mit den übrigen Volksparteien und was der Vorredner über die harten Bedingungen usw. gesagt habe, das unterschreibe seine Fraktion. Der Redner verbelebte sich dann über den Zweck, den die Entente mit ihren harten Bedingungen erreichen wolle und kam dabei zu dem Ergebnis: Der Großkapitalismus Englands, Frankreichs und Amerikas möchte das deutsche Volk vollständig zugrunde richten, um es konfessionsunfähig zu machen. Der Kapitalismus dieser Länder wolle aus dem deutschen Volk ein Elend machen und gegen diese Politik werde sich die Sozialdemokratie auf das allerentschiedenste. Die Kapitalisten der Entente fürchten vor der jetzt in Deutschland vollzogenen Revolution ein Anknüpfen der Befreiung der Arbeiter in ihren eigenen Ländern selbst; sie fürchten, daß ein wieder aufgebautes deutsches Reich, eine deutsche Republik, in Folge wieder ein Gebilde der Weltmacht und des Volkswohlstandes werden könnte und daß dann die Arbeiter der anderen Staaten ihre Schlussfolgerungen ziehen aus den Dingen, wie sie bei uns in Deutschland den Gang genommen haben. Nur das seien in Wirklichkeit die Gründe der Entente; militärische Gründe gebe es nicht mehr. Weiter hegt der Redner große Hoffnung auf die Internationale. Wenn der Siegesrausch in England und Frankreich vorüber sei, werden die dortigen Sozialisten den Großkapitalismus den allerhöchsten Kampf ansetzen. Die deutsche Sozialdemokratie appelliere an die sozialistischen Kreise der ganzen Welt. Es sei für die feindlichen Regierungen außerordentlich gefährlich, weiter mit dem Feuer zu spielen, weil sich sonst das Unglück nicht nur über Deutschland, sondern über die ganze Menschheit ausbreiten werde.

Im Anschluß hieran legte für die Fraktion der Demokratischen Partei der bekannte Heidelberger Universitätsprofessor Dr. Gothein in vorzüglicher Weise dar, was wir angesichts der harten Waffenstillstandsbedingungen und des wahren Verhaltens unserer Feinde empfinden, was wir verlangen und wogegen wir protestieren. Wir empfinden außerordentlich bitter die harten Bedingungen. Wir empfinden, daß uns die beiden Weisungsmittel entzogen werden in einem Augenblick, in dem wir sie zur Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln und Rohstoffen brauchen wie nie zuvor. Wir empfinden die Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen, deren wir jetzt zur Verrichtung unserer Arbeit dringend bedürftig sind, als wahren Verrat. Wir verlangen, daß das, was uns in Aussicht gestellt worden ist, erfüllt wird. Die ganze Last unserer Gegner, ist eine Verleumdungstaktik. Wir verlangen namentlich die Überlieferung der Waffenstillstandsbedingungen, und zwar tun wir das zunächst als Deutsche, weil wir uns in uns auf diese Weise schwer gefränkt fühlen. Wir protestieren ganz besonders als Badener, denn wir haben die Macht am Rhein für Deutschland zu dulden; wir sind die Nächsten am Feinde; wir fühlen am allerersten, was das bedeutet. Wir protestieren gegen das Verhalten unserer Feinde unseren Brüdern im Elsass gegenüber. Eine wirtschaftliche Trennung des Elsass von uns würde zumeist sein für uns und für die Elässer selbst. Wir protestieren als Demokraten gegen die Verweigerung, die uns unsere Feinde angedeihen lassen. Wir haben die Hoffnung auf einen demokratischen Rückbund. Wir wollen Wilson festhalten auf seine eigenen Programmpunkte. Wir wollen unserer Reichsregierung und unseren Vertretern in Spaan den Rücken stärken. Wir wollen dem deutschen Volke selbst eine Warnung geben. Wir wollen arbeiten und müssen arbeiten zur Deckung aller Verbindlichkeiten und zum Wiederaufbau dessen, was zerstört worden ist. Die entscheidende Laidade, daß wir heute alle zusammenstehen, soll uns auch in diesem Sinne eine Warnung sein. Wir wollen uns stets dessen bewußt sein, daß wir zusammenarbeiten müssen. Der heutige Tag soll uns eine Warnung sein, die kleinen Diskussionen, die persönlichen Meinungsverschiedenheiten und den heinlichen Parteistreit hinteranzustellen. Das Saus sollte dem Redner für diese Worte lebhaften Beifall. Schließlich stimmte auch der Sprecher der Demokratischen Fraktion, der Karlsruher Oberbürgermeister Mayer, den bisherigen Ausführungen zu. Namens der Regierung gab dann Ministerpräsident Geiß folgende Erklärung ab: Die badische vorläufige Volksregierung teilt die von allen Parteien in der badischen Nationalversammlung zum Ausdruck gebrachten Sorgen und Ängste mit, die in ihrer Resolution vorzutragen. Sie ist sich der Wichtigkeit dieser Angelegenheiten sehr wohl bewußt und wird alles in ihrer Macht stehende tun, um die Interessen des badischen Volkes entgegenzutreten. Nachdem unser Volk auf sich selbst verlassen ist, sind unsere Kräfte schwach. Das Reich aber bleibt eine starke Macht. Vor der ganzen Welt protestieren wir gegen den Verstoß gegen die Ergebnisse der Waffenstillstandsbedingungen. Das badische Volk hat mit den anderen deutschen Stämmen im Vertrauen auf die Erfüllung Wilsons die Waffen niedergelegt. Seine Erwartungen sind von seinen Verbündeten angenommen. Die 14 Punkte Wilsons in der Volksliste vom 8. Januar 1918, seine 4 Forderungen in der Rede vom 11. Februar 1918 und seine 5 Grundzüge in der Rede vom 27. September 1918 sollen die feste und sichere Grundlage sein, einen dauernden Frieden des Rechts zu schaffen und höhere Formen des Zusammenlebens der Völker zu bilden. Vor der ganzen Welt fordert das badische Volk den Präsidenten Wilson auf, die obliche Durchführung seines Programms durchzuführen. Es würde das fürstbare Gefühl, daß wir betrogen und getäuscht sind, in uns zurückbleiben, wenn die Wilsonschen Forderungen nicht vollkommen und ohne Verzögerung erfüllt werden. Wir fordern, daß die Forderungen des badischen Volkes in der Waffenstillstandsfrage vollständig erfüllt werden. Ein solcher Frieden und die Waffenstillstandsbedingungen müssen jetzt schon vorbereitet werden. Man arbeitet aber gegen uns mit durcheinander feindlichen und abgrenzenden Mitteln. Ohne Grund wird uns vorgeworfen, gegen Deutschland weiter fort. Diese Grund läßt man unsere Greise, Frauen und Kinder noch weiter leiden. Warum wird der Abbruch eines Vorfriedens abgelehnt? Warum verhandelt man nicht mit Deutschland und erstrebt so den Frieden, als ob nicht ein Frieden des Rechts herstellbar wäre, sondern ein Frieden der Gerechtigkeit? Warum erlaubt man Gebanken, die eine Lösung des Kolonialproblems durcheinander gegen das badische Volk und gegen die Interessen anderer Völker zu tun. Ohne Volksabstimmung, ohne die Elsass-Lotharinger, deren größter Teil nach Sprache und Kultur zu uns gehört, zu fragen, ob sie deutsch, französisch oder selbständig sein wollen, behandelt man Elsass-Lotharingen als französisches Gebiet. Auch dagegen protestieren wir. Wir fordern vor der ganzen Welt, daß endlich unsere unannehmlichen Forderungen der Entente gegenüber gestellt werden. Es verliert gegen die unannehmlichen Forderungen der Entente, die sie militärische Notwendigkeit noch weiter in der Gegenwart zu halten und sie gar zu arbeiten in fremdem Lande zu zwingen. Das wäre eine moderne Form der Sklaverei, eine ewige Schmach für die deutsche Nation. Wenn durch Ungerechtigkeit doch erzeugt wird, dann sind neue Kriege die unannehmliche Folge. Die wird das badische Volk und mit ihm Deutschland dauernd einen Frieden der Gewalt erziehen. Das alte imperialistische System in Deutschland ist gebrochen, das deutsche Volk wird sich aber auch dem Imperialismus anderer Völker nie beugen. Die badische Regierung hat, als die ersten Nachbarn von der beschlagnahmten Forderung des Reichs zu ihrer Kameraden, sofort bei der Reichsregierung und bei der Waffenstillstandskommission in der hiesigen Weise protestiert und verlangt, daß in Zukunft bei allen den badischen Staat betreffenden Fragen die badische Regierung anzuhören wird. Und von dieser Stelle müssen wir, obwohl wir die großen Schwierigkeiten der Reichsregierung voll würdigen, diese Forderung wiederholen. Wir wissen nicht, was uns die Zukunft nach Schwere bringt. Niemals aber wird das badische Volk auf sein altes Recht verzichten. Ein Volk, das an sich selber glaubt, wird gegen jedes Unrecht bestehen. Unsere badischen Mitbürger fordern wir, auch in diesen Zeiten schweren Unfalls die nationale Würde zu bewahren. Es sei ein unannehmliches Verbrechen, wenn unter Recht und unter Ehre.

Nach dieser Erklärung wurde folgende Entschließung, die von Mitgliedern aller Fraktionen eingebracht worden war, angenommen: In Vertrauen auf die allgemeine Anerkennung der von Präsidenten Wilson aufgestellten Grundzüge und auf das Zustandekommen eines Weltfriedens hat das deutsche Volk die Waffen niedergelegt und unglückliche harte Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Im Namen der Gerechtigkeit legt die badische Nationalversammlung Verwahrung dagegen ein, daß dem deutschen Volke bei jeder Verlesung des Waffenstillstandes noch härtere Bedingungen auferlegt wurden, die das deutsche Volk durchschauen sollten und den größten Teil des Reiches von jeder internationalen Solidarität abtrennen und die auf dem deutschen Volke lastende Hungerblöcke verschärfen, weiterhin dagegen, daß unsere Feinde bei Abnahme der abzuliefernden Lebensmittel, Waffen und Kraftfahrzeuge in laienhaftiger Weise verfahren sind. Sie protestieren dagegen, daß unter Missachtung der Waffenstillstandsbedingungen viele schuldlos deutsche Familien und Einzelpersonen unter Verletzung ihres Eigentums in einer sehr unannehmlichen, doch furchtbaren Weise aus Elsass-Lotharingen ausgewiesen und Teile anderer Landes von feindlichen Truppen besetzt wurden.

Die Erklärung der Reichsregierung, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß alsbald mit der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen begonnen und allerindem der möglichst rasche Rücktransport der über 18 Monate in Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen und zivilen Hilfsgenossen, die schon Wille Knautz 1918 hätte beendigt sein sollten, endlich herbeigeführt wird.

Die Kundgebung gab Zeugnis von dem Willen, von dem das badische Volk in dieser Frage befeuert ist. Möge sie ihre Wirkung nicht verfehlen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kultusminister Stockinger mit Rücksicht auf die gestern erwähnte Aeußerung in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Ettlingen eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß er damals gesagt hat: Jetzt werden die Frauen umdeckselt und ummühen, um ihre Stimmen zu erhalten. Wenn man das alles so betrachtet, so fällt einem unwillkürlich das Beispiel vom Godel im Hütherhof ein. Weiter erklärte der Minister, in diesem Zusammenhang habe er den Ausdruck „Raffen“ nicht gebraucht. Der Abgeordnete Dieb beantragte, in eine Erklärung dieser Angelegenheit einzutreten; mindestens ein Redner einer jeden Fraktion solle zu der Erklärung Stockingers Stellung nehmen. Für die demokratische Fraktion erklärte der Abg. König, daß sich diese daran nicht beteiligen werde. Dem Abg. König, Abg. Mayer, dem der Zentralnationalen Fraktion an, während Abg. Dr. Schofer betonte, seine Fraktion wolle einer solchen Erklärung nicht aus dem Wege gehen. Darauf wurde der Antrag Dr. Dieb abgelehnt. Unter den Eingängen befanden sich auch gestern wieder mehrere Interpellationen und zwar acht von der sozialdemokratischen Fraktion, ferner zwei kurze Anfragen, eine von den Sozialdemokraten wegen der Sozialversicherung und eine von dem Abg. Mayer über das Haber-Gesetz. Der Ausschuss der Vertrauensmänner ernannte sich, wie Präsident Kopf mitteilte, dahin, daß die Nationalversammlung die Aufgabe habe, in erster Linie eine Verlesung zu schaffen. Daher sei es nicht mündenswert, daß die Versammlung mit weniger dringlichen Angelegenheiten befaßt werde. Anträge sollen nicht gestellt werden; es sollen nur kurze Anfragen und Interpellationen zugelassen werden, die sich auf die Demobilisation oder die Befreiung von Arbeitsgelegenheit beziehen. Das Haus war damit einverstanden. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch unbestimmt. Es soll stattfinden, wenn die Regierung in der Lage ist, die Interpellationen zu beantworten.

Staat und Kirche in der Verfassungskommission.

(Eigener Bericht.) Die Verfassungskommission trat gestern in die Beratung der Verfassungsbestimmungen ein, die sich auf das Verhältnis des Staates zur Kirche beziehen. Man beachte sich nur der Bedeutung an, die dem Staat und Kirche im Verfassungsentwurf hat, um die Wichtigkeit dieser Auseinandersetzung zu ermessen. Schon in der letzten Sitzung hatte die Sozialdemokratie ihr kirchenspezifisches Programm entwickelt. Es geht dahin, daß alle kirchlichen Verbände rechtlich gleichgestellt sein sollen. Als Konsequenz dieser Gleichheit vor dem Gesetz erscheint die Gleichstellung auch der letzten Reste eines Staatskirchenwesens. Demgemäß entfällt der Einfluß des Staates auf die Verwaltung der Kirchenämter, das Veto der Regierung bei Besetzung des erzbischöflichen Stuhles, die staatlichen Wirkstoffbeschränkungen, die Patronate des Staates, die Beschränkungen der weltlichen Orden. Die völlige Selbstständigkeit der Kirche werde vorteilhaft für das gesamte Kulturleben des Volkes sein. Eine kirchliche Dankschuld aber der Staat den Kirchen bei der Steuererhebung leisten. Es sei nur billig, wenn die 90 Prozent der Bevölkerung, die den Kirchen anhängen, und eine Erbschaft überflüssiger Arbeit, wenn der Staat seine Steuerlasten auch den kirchlichen Verwaltungen zur Last und Beitreibung ihrer Steuern zur Verfügung stelle. Eine Schwierigkeit liege nur darin, zu bestimmen, welche die herkömmlichen und organisierten Religionsgesellschaften seien. Im Entwurf der Sozialdemokratie war ursprünglich die Zahl von 5000 Anhängern im Lande oder 500 in einer Gemeinde vorzuschreiben; nach näherem Einblick in die Verhältnisse der kleineren Religionsgesellschaften erscheint diese Forderung zu hoch anzusetzen und ein Fakultativrecht der Sozialdemokratie steht jetzt von einer Zahlbestimmung überhoben ab.

Der Vertreter des Zentrums hatte sofort seine feindliche Ueberrückung über diese Stellung der Sozialdemokratie ausgedrückt; er entwarf ein eingehendes Zentrumprogramm: Eine religiöse Trennung von Staat und Kirche sei nicht möglich. Das Verstehe schon die Gleichheit der Territorien und die Gleichheit der Menschen, die beide unauflöslich. Eine Trennung wie in Frankreich sei Verwahrung der Kirche und aufs härteste auszusprechen, eine Trennung wie in Amerika, die auf Entschloß und auf gereinigtes Verstehen einzuwirken sei, könne als Fingerring und Vorwand gelten. Er behauptete ausdrücklich, daß er nicht ein Mitglied der Kirche spreche — kann würden seine Forderungen ganz anders lauten — sondern als Mitglied des Volkes. Es ist dies wohl dahin zu verstehen, daß die Kirche auch weiterhin grundsätzlich von ihren in kanonischen Recht niedergelegten Ansprüchen nicht nachlassen werde, daß aber das Zentrum unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse sich nicht mit diesen identifiziert. Auch stellte das Zentrum sofort seine Opposition gegen die Schulbestimmungen des Entwurfs in Aussicht. Ins Einzelne eingehend, behandelte der Zentrumredner die Frage, was als eine Religionsgesellschaft anzusehen sei und namlich die unbrüderliche Abgrenzung der Sozialdemokraten wieder auf. Darüber hinausgehend verlangte er den Nachweis einer Organisation und eines nicht nur negativen, sondern positiven Bekenntnisses, das die Glieder einigt. Er will weiterhin die Bestimmungen des Entwurfs, die den Kirchen die selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten in Rahmen des Gesetzes aufweist, durch die Auflösung der Beziehungen zwischen religiösen Gemeinschaften den Staatsbehörden unterworfen; denn es sei, wie die Erklärung gezeigt habe, nicht sicher, daß sich die Sozialdemokratie in dem Rahmen halten, der ihnen zustehe. Auf die Patronate eingehend stellt er fest, daß die kirchlichen Patronate über kirchliche Parteien verhängen werden sollen, während die kirchlichen Parteien der Kirchenämter ihren Verwaltungen verbleiben. Nachdem die Regelung des Patronats im Konflikt von 1859 abgelehnt, habe das Ministerium Vorschlag nur noch kirchlichen Rückfächer, die Verweisung des Beschlusses zwischen Staat und Erzbischof vorgenommen. Jetzt sei dieser Einfluß des Staates auf kirchliche Ämter zu bestehen, die Laien aber, die auf dem kirchlichen Patronat ruhen, kelaubhalten. Die privaten Patronate, die mehr die evangelische Kirche angehen, bezeichnet der Redner als einen vorläufigen Zustand, der zu beibehalten sei. Der Weg der Abklärung, den ein deutsch-demokratischer Antrag vorsteht, scheint ihm der richtige. Entschieden verlangt er die Streichung des letzten Absatzes des Entwurfs, der die Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken als unzulässig erklärt. Allen Kulturinstitutionen werde der Staat Geld, nur gerade den großen religiösen ergründet! Es sei dies ein Ausnahmeseit idiosyncrasy Art, was er gerade der Sozialdemokratie zu befehlen gibt.

Der Vertreter der Deutsch-Nationalen Partei löst sich ebenfalls an der Bedeutung der übrigen im Verfassungsentwurf nicht enthaltenen Punkte der Trennung von Staat und Kirche und be-

tonnt, daß jeder Staat auch in Zukunft das Recht der Kirche ergehen werde umarmen müssen. Er verweist in dem Entwurf die ausdrückliche Anerkennung der Kirche als öffentlich-rechtliche Körperschaft und des daraus folgenden Rechtes der Besteuerung. Bisher war dies das Vorrecht bestimmter Kirchen, fortan müsse es allgemein werden; aber auch ihm genügt die Abgrenzung nach der Seelenzahl nicht; er zieht eine Regelung von Fall zu Fall vor, wobei die Gewähr für die Ordnung der Gemeinschaft durch ihren dauernden Bestand gegeben werden könne.

Der Vertreter der Deutsch-Demokraten geht aus von der Begegnung des Jahres 1880, die schon tatsächlich einen Beginn der Trennung enthalte. Dant über wichtigsten Gesichtspunkte sei Baden vor jüngerer Erschütterung bewahrt geblieben. Durch die Revolution werde diese Entwicklung nur weiter gefördert. Durch den Eintritt des Landesherren sei auch das Summepatent, das landesherrliche Bischofsrecht, beseitigt worden. Beseitigt man jedoch das staatliche Besetzungsrecht bei, so würde das ein Rückfall in ein rückwärtiges Staatskirchenwesen sein. Mit den landesherrlichen Patronaten müßten aber auch die grundherrlichen fallen. Sie seien schon bisher ein Fremdkörper in der Kirche gewesen zumal in der evangelischen, die als Gemeindefürsorge die Wahl des Geistlichen durch die Gemeinde selbst zur Voraussetzung hat. Nach zwei Jahren in Baden 80 evangelische Kirchen, 70 katholische der Gesamtzahl, solche Kirchengemeinden. Nichts anderes ist außerdem noch anders durch die Verträge der Patronate, durch ihre Zugehörigkeit zu einem anderen Glaubensbekenntnis, bisweilen auch durch die benediktine Moral des Patrons, der doch ins Kirchengelbe eingeschlossen werde. Die Generalinhaber haben schon öfters, aber ergebnislos, über ihre Befreiung herabgelassen. Während die landesherrlichen Patronate öffentlichen Rechtes also durch Staatsakt leicht zu beseitigen seien, macht die Wirkung von öffentlichem und privatem Recht bei den privaten, den ausschließlich Standesherrn zugehörigen, denen sie in der Verfassung von 1815 wiederzugeben, nachdem sie der badische Staat 1815 schon einmal beseitigt hatte, erhebliche Schwierigkeiten. Von der Kirche aus sei nichts zu machen. Alle Erwartungen auf freiwillige Verhandlung zugunsten der Gemeindefürsorge haben seit 60 Jahren getrogen. So bleibe nur der Weg der Befreiung durch Staatsgesetz, um dieses Uebel über die Feudalzeit, das dem Geist unserer Zeit wie dem Grundprinzip der evangelischen Kirche widerspreche, zu beseitigen. Die Abklärung habe zu Lasten derer, die es angeht, zu erfolgen. Betreffend die Selbstverwaltung der Kirche bezieht der Redner gegenüber der Fassung des Entwurfs, deren Folgen sich nicht übersehen lassen, auf der Form: „Im Rahmen des Gesetzes“ die Entschloßheit, welche die demokratische Partei über die Summierung des Schicksals der kirchlichen Angelegenheiten vertritt, ab, weil er einen Irrtum aufstelle, durch den ohne allen Grund die Befreiung der Regierung und namentlich des Landes beschränkt werden. Das Volk werde weder eine solche theoretische Festlegung verfehlen, noch in solchen Bestimmungen, wo eine Notlage festgelegt werde, Anstoß nehmen. Auch in Ländern, die ähnliche Verfassungsbeschränkungen kennen, der Schweiz und Amerika, haben sich doch die Kantone und Einzelstaaten nicht an sie gehalten. Bis 1824 sei jowohl der Zustand festgehalten. Was dann zu geschehen habe, werde die Zukunft zeigen. Man wolle nicht eine dauernde Dotation, sondern verwalte sich nur dagegen, daß die Möglichkeit ausgeschloffen werde, wo und wenn es nötig werde, auch einmal einen Rückzug zu bewilligen.

Die Eisenbahnerforderungen im Haushalts-

ausschuss.

(Eigener Bericht.) Der Haushaltsausschuss hat gestern zusammen, um Stellung zu nehmen zu dem vom Eisenbahnerverband gestellten Ultimatum, nach dem am 31. d. Mts. abends 5 1/2 Uhr der Streit beginnen sollte, wenn die gestellten Forderungen bis dahin nicht erfüllt wären.

Der Verkehrsminister gab Auskunft über die bis jetzt besprochenen mit den Verbänden geführten Verhandlungen und legte dabei als einen unerwarteten Vorgang, wie in diesem Falle, im Gegenjahren zu dem in der Vergangenheit von den Gemeindefürsorge geübten Verfahren, durch Verhandlungen zum Ziele zu gelangen, von der Regierung eine Zustimmung erpreßt werden sollte. Er erklärte, sich von jenseitigen Wege nicht abdrängen lassen zu wollen, andererseits aber auch nichts unversucht zu lassen, um eine Verständigung zu erzielen, und gab dann Auskunft über die derzeitigen Begläue der Arbeiter und Beamten seines Ressorts im Vergleich zu denen anderer Verkehrsministerien und Privatbetriebe.

Der Finanzminister zielte auf den finanziellen Effekt der gestellten Forderungen hin, der 30 Millionen betrage, und namentlich auf die Schwierigkeit und Unmöglichkeit, nur einzelnen Beamtenkategorien eine weitere einmalige Zulage von 500 Mark zu gewähren. Er gab der Kommission zu bedenken, daß das voraussichtliche Defizit des Staatshaushaltes bis Ende 1919 schon etwa 81 Millionen betrage; hierzu kämen dann noch die 30 Millionen. Die vom badischen Staat für Familien-Unterstützungen vorgelegenen Gelder beließen sich ferner auf rund 21 Millionen, um deren Minderlich, wie jetzt veräuert, wohl nur zum kleinsten Teil gedeckt werden könne, so daß bis Jahresende mit einem ungefähren Defizit von 90 Millionen gerechnet werden müßte. Hierzu kommen dann noch die durch den verlorenen Krieg bedingten an und für sich schon ganz enormen, das Staatsbudget belastenden Summen. Man müsse bei Beurteilung dieser Frage den Friedensbedingungen der einzelnen Geschäftsklassen die heutigen Einnahmen einhalten, falls aller Zulagen gegenüberstellen, und es erlaube sich die Frage, ob eine Aufhebung der Gehälter unbedingt notwendig und wenn ja, ob sie finanztechnisch bei den gewöhnlichen Verhältnissen möglich.

Von Zentrumsseite neigte man der Meinung zu, daß die Forderungen abzuschneiden seien und daß den Beamten nicht mit einmaligen, sondern nur mit fortlaufenden Zulagen gegenübergestellt werden, während von dem Sprecher der Demokratischen Partei darauf hingewiesen wurde, daß die Unannehmlichkeit der Staatsarbeiter und Unterbeamten handhablich auch daher komme — der Verkehrsminister befaßt sich namentlich für Württemberg —, daß die übrigen Bundesstaaten nicht nur eine weitere einmalige Zulage von 500 Mark plus Zulage für Kinder, sondern auch höhere Grundzüge bezahlten, und daß das Grundübel darin zu erblicken sei, daß für Erwerbslose a. V. in Mannheim Unternehmungen befaßt werden, die die Höhe einzelner Unternehmungskategorien erreichen. Auch die unrichtige Veranschlagung, als ob das Koalitionsgeld der Staatsarbeiter gefährdet sei, was ja richtiggestellt worden ist, habe die Erregung gefördert.





Bekanntmachung.

Das Hauptmeldeamt Karlsruhe befindet sich vom 2. Februar 1919 ab Kaiserstraße 184.

Am Samstag, den 1. Februar 1919, bleiben die Geschäftsräume des Hauptmeldeamts wegen Amzugs geschlossen.

Bekanntmachung.

Die Kriegsunterstützungen für die erste Hälfte Februar 1919 werden, soweit noch Berechtigungen zum Bezug derselben bestehen, nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten in folgender Reihenfolge ausbezahlt:

Table with 2 columns: Date (Samstag, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag) and Amount (1 bis mit 3500, 3501 bis 6500, 6501 bis 9000, 9001 bis 11000, 11001 bis 13000, 13001 bis 14000, 14001 bis Schluss).

Die Auszahlung findet in den neuen Geschäftsräumen des Kriegsunterstützungsamts, Briefel 40, III. Stof., statt, jedoch nur von vormittags 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr mittags.

Hierbei wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Angehörigen der noch im Deere oder in Gefangenschaft befindlichen oder vermißten Kriegsteilnehmer die Reichsunterstützung nur nach Vorlage einer entsprechenden militärischen Bescheinigung erhalten.

Karlsruhe, den 30. Januar 1919.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

Die Ziehung der 2. Klasse der 13. Preussisch-Süddeutschen (2339. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 11. und 12. Februar 1919 stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 2. Klasse hat bis spätestens Mittwoch, den 5. Februar d. J., abends 6 Uhr, bei den zuständigen badischen Lotterieverwaltern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

Karlsruhe, den 30. Januar 1919.

Landeshauptkasse

als Landesbehörde für die staatl. Klassenlotterie.

Kundgebung

für die

Wiederbeschäftigung

des Handels.

Am Sonntag, den 2. Februar 1919, vormittags 10 1/2 Uhr, veranstalten die badischen Handelskammern zusammen mit den verschiedenen Organisationen des Handels in Karlsruhe in großen Saal der Eintracht, Karl-Friedrichstr. 30, eine Kundgebung für die Wiederbeschäftigung des Handels.

Alle Behörden, Handel- und Gewerbetreibende, sowie deren Verbände sind eingeladen. Es ist damit dem Handel Gelegenheit gegeben, seine Wünsche und Beschwerden in der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Eintrittskarten sind unentgeltlich zu erhalten bei der Handelskammer Karlsruhe

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

Ein Kofosläufer lief an den Bogen entlang, über deren jeder ein Porzellanbild den Namen des edlen Tieres nannte, und wechselförmig Korbhiesel aus Pechdigrohr luden zum Nischen ein. So vornehm ging es drüben in Argentinien allerdings nicht zu, meinte Alsteben, als sie wieder auf dem Hofe standen, und schlug mit der Reitergerte einen fohenden Luftstich. Da wachte man noch nichts von Futtermotoren und Luftheizung. Da fing man sich morgens im Korral seinen Mufang und ritt in die Einsamkeit der grünen Steppe hinaus. Der Amtmann lächelte. Die Pferdewacht war die Schwäche des verstorbenen Herrn Barons, der als junger Leutnant selbst viele Rennen geritten hat. Ein Gradiger Hengst, den er zur Jagd gekauft hatte, ist ihm zum Verderben geordnet. Sie waren bei diesen Worten in den großen Hofgarten getreten, der sich gleich an die Stallungen ansetzte und in sanftem Abstieg zum Seeufer hinabführte. Ein Knabe brauner Zuchtfüllen jagte in dem hohen Grase herum und drängte losiglich liebedürftig an das Gattertor, um mit dem neuen Herrn Freundschaft zu schließen. Der zweijährige Nachwuchs von Pahlowitz, sagte der Amtmann, den schlanken Hals einer wunderschönen kleinen Stute klopfend. Würden Sie mir übrigens die Ehre geben, Herr von Alsteben, und zu einem kurzen Besuch in mein Haus einzutreten. Gleich hier unten am See. Viel kann ich Ihnen freilich nicht bieten. Meine vermittelte Schwiegerochter, die mir sonst den Haushalt führte, ist für ein paar

Die Karlsruher Conversations-Schule

lehrt

Englisch und Französisch

nach der Methode von Bensemann und Dr. Guiraud, wie man es in London und Paris spricht und wie es in Zukunft Deutsche, die ihren Weg im Ausland finden wollen, können müssen.

Teilung: Gruppen von höchstens 6 Teilnehmern (9-11 u. 12-13 u. 14-15 u. 16-18 u. 19-21 u. 22-25 u. 26-30 u. 31-35 u. 36-40 u. 41-45 u. 46-50 u. 51-55 u. 56-60 u. 61-65 u. 66-70 u. 71-75 u. 76-80 u. 81-85 u. 86-90 u. 91-95 u. 96-100 u. 101-105 u. 106-110 u. 111-115 u. 116-120 u. 121-125 u. 126-130 u. 131-135 u. 136-140 u. 141-145 u. 146-150 u. 151-155 u. 156-160 u. 161-165 u. 166-170 u. 171-175 u. 176-180 u. 181-185 u. 186-190 u. 191-195 u. 196-200 u. 201-205 u. 206-210 u. 211-215 u. 216-220 u. 221-225 u. 226-230 u. 231-235 u. 236-240 u. 241-245 u. 246-250 u. 251-255 u. 256-260 u. 261-265 u. 266-270 u. 271-275 u. 276-280 u. 281-285 u. 286-290 u. 291-295 u. 296-300 u. 301-305 u. 306-310 u. 311-315 u. 316-320 u. 321-325 u. 326-330 u. 331-335 u. 336-340 u. 341-345 u. 346-350 u. 351-355 u. 356-360 u. 361-365 u. 366-370 u. 371-375 u. 376-380 u. 381-385 u. 386-390 u. 391-395 u. 396-400 u. 401-405 u. 406-410 u. 411-415 u. 416-420 u. 421-425 u. 426-430 u. 431-435 u. 436-440 u. 441-445 u. 446-450 u. 451-455 u. 456-460 u. 461-465 u. 466-470 u. 471-475 u. 476-480 u. 481-485 u. 486-490 u. 491-495 u. 496-500 u. 501-505 u. 506-510 u. 511-515 u. 516-520 u. 521-525 u. 526-530 u. 531-535 u. 536-540 u. 541-545 u. 546-550 u. 551-555 u. 556-560 u. 561-565 u. 566-570 u. 571-575 u. 576-580 u. 581-585 u. 586-590 u. 591-595 u. 596-600 u. 601-605 u. 606-610 u. 611-615 u. 616-620 u. 621-625 u. 626-630 u. 631-635 u. 636-640 u. 641-645 u. 646-650 u. 651-655 u. 656-660 u. 661-665 u. 666-670 u. 671-675 u. 676-680 u. 681-685 u. 686-690 u. 691-695 u. 696-700 u. 701-705 u. 706-710 u. 711-715 u. 716-720 u. 721-725 u. 726-730 u. 731-735 u. 736-740 u. 741-745 u. 746-750 u. 751-755 u. 756-760 u. 761-765 u. 766-770 u. 771-775 u. 776-780 u. 781-785 u. 786-790 u. 791-795 u. 796-800 u. 801-805 u. 806-810 u. 811-815 u. 816-820 u. 821-825 u. 826-830 u. 831-835 u. 836-840 u. 841-845 u. 846-850 u. 851-855 u. 856-860 u. 861-865 u. 866-870 u. 871-875 u. 876-880 u. 881-885 u. 886-890 u. 891-895 u. 896-900 u. 901-905 u. 906-910 u. 911-915 u. 916-920 u. 921-925 u. 926-930 u. 931-935 u. 936-940 u. 941-945 u. 946-950 u. 951-955 u. 956-960 u. 961-965 u. 966-970 u. 971-975 u. 976-980 u. 981-985 u. 986-990 u. 991-995 u. 996-1000 u. 1001-1005 u. 1006-1010 u. 1011-1015 u. 1016-1020 u. 1021-1025 u. 1026-1030 u. 1031-1035 u. 1036-1040 u. 1041-1045 u. 1046-1050 u. 1051-1055 u. 1056-1060 u. 1061-1065 u. 1066-1070 u. 1071-1075 u. 1076-1080 u. 1081-1085 u. 1086-1090 u. 1091-1095 u. 1096-1100 u. 1101-1105 u. 1106-1110 u. 1111-1115 u. 1116-1120 u. 1121-1125 u. 1126-1130 u. 1131-1135 u. 1136-1140 u. 1141-1145 u. 1146-1150 u. 1151-1155 u. 1156-1160 u. 1161-1165 u. 1166-1170 u. 1171-1175 u. 1176-1180 u. 1181-1185 u. 1186-1190 u. 1191-1195 u. 1196-1200 u. 1201-1205 u. 1206-1210 u. 1211-1215 u. 1216-1220 u. 1221-1225 u. 1226-1230 u. 1231-1235 u. 1236-1240 u. 1241-1245 u. 1246-1250 u. 1251-1255 u. 1256-1260 u. 1261-1265 u. 1266-1270 u. 1271-1275 u. 1276-1280 u. 1281-1285 u. 1286-1290 u. 1291-1295 u. 1296-1300 u. 1301-1305 u. 1306-1310 u. 1311-1315 u. 1316-1320 u. 1321-1325 u. 1326-1330 u. 1331-1335 u. 1336-1340 u. 1341-1345 u. 1346-1350 u. 1351-1355 u. 1356-1360 u. 1361-1365 u. 1366-1370 u. 1371-1375 u. 1376-1380 u. 1381-1385 u. 1386-1390 u. 1391-1395 u. 1396-1400 u. 1401-1405 u. 1406-1410 u. 1411-1415 u. 1416-1420 u. 1421-1425 u. 1426-1430 u. 1431-1435 u. 1436-1440 u. 1441-1445 u. 1446-1450 u. 1451-1455 u. 1456-1460 u. 1461-1465 u. 1466-1470 u. 1471-1475 u. 1476-1480 u. 1481-1485 u. 1486-1490 u. 1491-1495 u. 1496-1500 u. 1501-1505 u. 1506-1510 u. 1511-1515 u. 1516-1520 u. 1521-1525 u. 1526-1530 u. 1531-1535 u. 1536-1540 u. 1541-1545 u. 1546-1550 u. 1551-1555 u. 1556-1560 u. 1561-1565 u. 1566-1570 u. 1571-1575 u. 1576-1580 u. 1581-1585 u. 1586-1590 u. 1591-1595 u. 1596-1600 u. 1601-1605 u. 1606-1610 u. 1611-1615 u. 1616-1620 u. 1621-1625 u. 1626-1630 u. 1631-1635 u. 1636-1640 u. 1641-1645 u. 1646-1650 u. 1651-1655 u. 1656-1660 u. 1661-1665 u. 1666-1670 u. 1671-1675 u. 1676-1680 u. 1681-1685 u. 1686-1690 u. 1691-1695 u. 1696-1700 u. 1701-1705 u. 1706-1710 u. 1711-1715 u. 1716-1720 u. 1721-1725 u. 1726-1730 u. 1731-1735 u. 1736-1740 u. 1741-1745 u. 1746-1750 u. 1751-1755 u. 1756-1760 u. 1761-1765 u. 1766-1770 u. 1771-1775 u. 1776-1780 u. 1781-1785 u. 1786-1790 u. 1791-1795 u. 1796-1800 u. 1801-1805 u. 1806-1810 u. 1811-1815 u. 1816-1820 u. 1821-1825 u. 1826-1830 u. 1831-1835 u. 1836-1840 u. 1841-1845 u. 1846-1850 u. 1851-1855 u. 1856-1860 u. 1861-1865 u. 1866-1870 u. 1871-1875 u. 1876-1880 u. 1881-1885 u. 1886-1890 u. 1891-1895 u. 1896-1900 u. 1901-1905 u. 1906-1910 u. 1911-1915 u. 1916-1920 u. 1921-1925 u. 1926-1930 u. 1931-1935 u. 1936-1940 u. 1941-1945 u. 1946-1950 u. 1951-1955 u. 1956-1960 u. 1961-1965 u. 1966-1970 u. 1971-1975 u. 1976-1980 u. 1981-1985 u. 1986-1990 u. 1991-1995 u. 1996-2000 u. 2001-2005 u. 2006-2010 u. 2011-2015 u. 2016-2020 u. 2021-2025 u. 2026-2030 u. 2031-2035 u. 2036-2040 u. 2041-2045 u. 2046-2050 u. 2051-2055 u. 2056-2060 u. 2061-2065 u. 2066-2070 u. 2071-2075 u. 2076-2080 u. 2081-2085 u. 2086-2090 u. 2091-2095 u. 2096-2100 u. 2101-2105 u. 2106-2110 u. 2111-2115 u. 2116-2120 u. 2121-2125 u. 2126-2130 u. 2131-2135 u. 2136-2140 u. 2141-2145 u. 2146-2150 u. 2151-2155 u. 2156-2160 u. 2161-2165 u. 2166-2170 u. 2171-2175 u. 2176-2180 u. 2181-2185 u. 2186-2190 u. 2191-2195 u. 2196-2200 u. 2201-2205 u. 2206-2210 u. 2211-2215 u. 2216-2220 u. 2221-2225 u. 2226-2230 u. 2231-2235 u. 2236-2240 u. 2241-2245 u. 2246-2250 u. 2251-2255 u. 2256-2260 u. 2261-2265 u. 2266-2270 u. 2271-2275 u. 2276-2280 u. 2281-2285 u. 2286-2290 u. 2291-2295 u. 2296-2300 u. 2301-2305 u. 2306-2310 u. 2311-2315 u. 2316-2320 u. 2321-2325 u. 2326-2330 u. 2331-2335 u. 2336-2340 u. 2341-2345 u. 2346-2350 u. 2351-2355 u. 2356-2360 u. 2361-2365 u. 2366-2370 u. 2371-2375 u. 2376-2380 u. 2381-2385 u. 2386-2390 u. 2391-2395 u. 2396-2400 u. 2401-2405 u. 2406-2410 u. 2411-2415 u. 2416-2420 u. 2421-2425 u. 2426-2430 u. 2431-2435 u. 2436-2440 u. 2441-2445 u. 2446-2450 u. 2451-2455 u. 2456-2460 u. 2461-2465 u. 2466-2470 u. 2471-2475 u. 2476-2480 u. 2481-2485 u. 2486-2490 u. 2491-2495 u. 2496-2500 u. 2501-2505 u. 2506-2510 u. 2511-2515 u. 2516-2520 u. 2521-2525 u. 2526-2530 u. 2531-2535 u. 2536-2540 u. 2541-2545 u. 2546-2550 u. 2551-2555 u. 2556-2560 u. 2561-2565 u. 2566-2570 u. 2571-2575 u. 2576-2580 u. 2581-2585 u. 2586-2590 u. 2591-2595 u. 2596-2600 u. 2601-2605 u. 2606-2610 u. 2611-2615 u. 2616-2620 u. 2621-2625 u. 2626-2630 u. 2631-2635 u. 2636-2640 u. 2641-2645 u. 2646-2650 u. 2651-2655 u. 2656-2660 u. 2661-2665 u. 2666-2670 u. 2671-2675 u. 2676-2680 u. 2681-2685 u. 2686-2690 u. 2691-2695 u. 2696-2700 u. 2701-2705 u. 2706-2710 u. 2711-2715 u. 2716-2720 u. 2721-2725 u. 2726-2730 u. 2731-2735 u. 2736-2740 u. 2741-2745 u. 2746-2750 u. 2751-2755 u. 2756-2760 u. 2761-2765 u. 2766-2770 u. 2771-2775 u. 2776-2780 u. 2781-2785 u. 2786-2790 u. 2791-2795 u. 2796-2800 u. 2801-2805 u. 2806-2810 u. 2811-2815 u. 2816-2820 u. 2821-2825 u. 2826-2830 u. 2831-2835 u. 2836-2840 u. 2841-2845 u. 2846-2850 u. 2851-2855 u. 2856-2860 u. 2861-2865 u. 2866-2870 u. 2871-2875 u. 2876-2880 u. 2881-2885 u. 2886-2890 u. 2891-2895 u. 2896-2900 u. 2901-2905 u. 2906-2910 u. 2911-2915 u. 2916-2920 u. 2921-2925 u. 2926-2930 u. 2931-2935 u. 2936-2940 u. 2941-2945 u. 2946-2950 u. 2951-2955 u. 2956-2960 u. 2961-2965 u. 2966-2970 u. 2971-2975 u. 2976-2980 u. 2981-2985 u. 2986-2990 u. 2991-2995 u. 2996-3000 u. 3001-3005 u. 3006-3010 u. 3011-3015 u. 3016-3020 u. 3021-3025 u. 3026-3030 u. 3031-3035 u. 3036-3040 u. 3041-3045 u. 3046-3050 u. 3051-3055 u. 3056-3060 u. 3061-3065 u. 3066-3070 u. 3071-3075 u. 3076-3080 u. 3081-3085 u. 3086-3090 u. 3091-3095 u. 3096-3100 u. 3101-3105 u. 3106-3110 u. 3111-3115 u. 3116-3120 u. 3121-3125 u. 3126-3130 u. 3131-3135 u. 3136-3140 u. 3141-3145 u. 3146-3150 u. 3151-3155 u. 3156-3160 u. 3161-3165 u. 3166-3170 u. 3171-3175 u. 3176-3180 u. 3181-3185 u. 3186-3190 u. 3191-3195 u. 3196-3200 u. 3201-3205 u. 3206-3210 u. 3211-3215 u. 3216-3220 u. 3221-3225 u. 3226-3230 u. 3231-3235 u. 3236-3240 u. 3241-3245 u. 3246-3250 u. 3251-3255 u. 3256-3260 u. 3261-3265 u. 3266-3270 u. 3271-3275 u. 3276-3280 u. 3281-3285 u. 3286-3290 u. 3291-3295 u. 3296-3300 u. 3301-3305 u. 3306-3310 u. 3311-3315 u. 3316-3320 u. 3321-3325 u. 3326-3330 u. 3331-3335 u. 3336-3340 u. 3341-3345 u. 3346-3350 u. 3351-3355 u. 3356-3360 u. 3361-3365 u. 3366-3370 u. 3371-3375 u. 3376-3380 u. 3381-3385 u. 3386-3390 u. 3391-3395 u. 3396-3400 u. 3401-3405 u. 3406-3410 u. 3411-3415 u. 3416-3420 u. 3421-3425 u. 3426-3430 u. 3431-3435 u. 3436-3440 u. 3441-3445 u. 3446-3450 u. 3451-3455 u. 3456-3460 u. 3461-3465 u. 3466-3470 u. 3471-3475 u. 3476-3480 u. 3481-3485 u. 3486-3490 u. 3491-3495 u. 3496-3500 u. 3501-3505 u. 3506-3510 u. 3511-3515 u. 3516-3520 u. 3521-3525 u. 3526-3530 u. 3531-3535 u. 3536-3540 u. 3541-3545 u. 3546-3550 u. 3551-3555 u. 3556-3560 u. 3561-3565 u. 3566-3570 u. 3571-3575 u. 3576-3580 u. 3581-3585 u. 3586-3590 u. 3591-3595 u. 3596-3600 u. 3601-3605 u. 3606-3610 u. 3611-3615 u. 3616-3620 u. 3621-3625 u. 3626-3630 u. 3631-3635 u. 3636-3640 u. 3641-3645 u. 3646-3650 u. 3651-3655 u. 3656-3660 u. 3661-3665 u. 3666-3670 u. 3671-3675 u. 3676-3680 u. 3681-3685 u. 3686-3690 u. 3691-3695 u. 3696-3700 u. 3701-3705 u. 3706-3710 u. 3711-3715 u. 3716-3720 u. 3721-3725 u. 3726-3730 u. 3731-3735 u. 3736-3740 u. 3741-3745 u. 3746-3750 u. 3751-3755 u. 3756-3760 u. 3761-3765 u. 3766-3770 u. 3771-3775 u. 3776-3780 u. 3781-3785 u. 3786-3790 u. 3791-3795 u. 3796-3800 u. 3801-3805 u. 3806-3810 u. 3811-3815 u. 3816-3820 u. 3821-3825 u. 3826-3830 u. 3831-3835 u. 3836-3840 u. 3841-3845 u. 3846-3850 u. 3851-3855 u. 3856-3860 u. 3861-3865 u. 3866-3870 u. 3871-3875 u. 3876-3880 u. 3881-3885 u. 3886-3890 u. 3891-3895 u. 3896-3900 u. 3901-3905 u. 3906-3910 u. 3911-3915 u. 3916-3920 u. 3921-3925 u. 3926-3930 u. 3931-3935 u. 3936-3940 u. 3941-3945 u. 3946-3950 u. 3951-3955 u. 3956-3960 u. 3961-3965 u. 3966-3970 u. 3971-3975 u. 3976-3980 u. 3981-3985 u. 3986-3990 u. 3991-3995 u. 3996-4000 u. 4001-4005 u. 4006-4010 u. 4011-4015 u. 4016-4020 u. 4021-4025 u. 4026-4030 u. 4031-4035 u. 4036-4040 u. 4041-4045 u. 4046-4050 u. 4051-4055 u. 4056-4060 u. 4061-4065 u. 4066-4070 u. 4071-4075 u. 4076-4080 u. 4081-4085 u. 4086-4090 u. 4091-4095 u. 4096-4100 u. 4101-4105 u. 4106-4110 u. 4111-4115 u. 4116-4120 u. 4121-4125 u. 4126-4130 u. 4131-4135 u. 4136-4140 u. 4141-4145 u. 4146-4150 u. 4151-4155 u. 4156-4160 u. 4161-4165 u. 4166-4170 u. 4171-4175 u. 4176-4180 u. 4181-4185 u. 4186-4190 u. 4191-4195 u. 4196-4200 u. 4201-4205 u. 4206-4210 u. 4211-4215 u. 4216-4220 u. 4221-4225 u. 4226-4230 u. 4231-4235 u. 4236-4240 u. 4241-4245 u. 4246-4250 u. 4251-4255 u. 4256-4260 u. 4261-4265 u. 4266-4270 u. 4271-4275 u. 4276-4280 u. 4281-4285 u. 4286-4290 u. 4291-4295 u. 4296-4300 u. 4301-4305 u. 4306-4310 u. 4311-4315 u. 4316-4320 u. 4321-4325 u. 4326-4330 u. 4331-4335 u. 4336-4340 u. 4341-4345 u. 4346-4350 u. 4351-4355 u. 4356-4360 u. 4361-4365 u. 4366-4370 u. 4371-4375 u. 4376-4380 u. 4381-4385 u. 4386-4390 u

